

Dr. Marie-Luise Marx
Hessisches Sozialministerium

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Hessischen Landesregierung begrüße ich Sie zu der heutigen Fachtagung „Sicher und human leben in betreuten Wohngruppen der stationären Altenpflege“, die wir in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, dem Hessischen Ministerium des Innern, der Ingenieurkammer Hessen und dem Frankfurter Forum für Altenpflege durchführen. Ich freue mich, dass Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind. Ihre Anwesenheit verdeutlicht die Aktualität des Themas und zeigt, dass in der Praxis Handlungsbedarf besteht.

Fast auf den Tag genau, am 18.11.2003 fand auf Einladung des Frankfurter Forums bereits eine Tagung mit dem Titel „Lebensqualität und Sicherheit in Altenpflegeheimen bewohnergerecht gestalten“ statt. Ziel war, den Dialog zwischen den unterschiedlichen Behörden zu fördern, um im Interesse von Heimbewohnern, Angehörigen, Mitarbeitern und Öffentlichkeit die Altenpflegeheime lebenswerter, freundlicher und dennoch sicher und wirtschaftlich zu gestalten.

Nun könnte die Frage gestellt werden: Was hat sich denn in den letzten 4 Jahren getan?

Ich kann feststellen: sehr viel.

Die heutige Fachtagung greift zwar mit ihrem Thema den alten Zielkonflikt zwischen den fachlichen Anforderungen an eine humane, bedürfnisgerechte Ausgestaltung von Pflegeheimen und den Belangen des Vorbeugenden Brandschutzes auf, gibt aber eine Antwort. Wir sind heute in der Situation - und das ist die gute Nachricht – Lösungen landesweit verbindlich geregelt zu haben.

Ihnen werden heute die bereits zum 1.1.2007 in Kraft getretenen Handlungsempfehlungen aus unterschiedlichen Perspektiven vorgestellt und anhand von Praxisbeispielen im Dialog mit Ihnen erläutert.

In der Altenpolitik der Hessischen Landesregierung wird seit langem thematisiert, wie die Betreuung pflegebedürftiger, insbesondere altersdementer Menschen verbessert werden kann. Leitidee ist dabei, Lebensräume human und fachlich verantwortbar zu gestalten.

In den letzten Jahren haben sich die Strukturen und die Konzepte der Einrichtungen doch grundlegend verändert.

Die Entwicklung geht weg von krankenhausähnlichen Großstationen hin zu kleineren Wohn- und Pflegegruppen, in denen sich der normale Alltag abspielt: neben gruppenbezogenen Aktivitäten finden hier ganz normale hauswirtschaftliche Tätigkeiten - wie wir sie aus unserem Alltag auch kennen - statt. Diese Tätigkeiten haben eine große Bedeutung für die jeweilige Tagesstrukturierung. Dies gilt in besonderem Maße für die Pflege und Betreuung der wachsenden Zahl demenzkranker Heimbewohner.

Ein Schwerpunkt unseres Investitionsprogramms ist es daher, überschaubare Wohn- und Pflegegruppen oder Hausgemeinschaften sowohl bei Sanierungs- als auch bei Neubaumaßnahmen zu fördern. Die bisher geförderten Projekte, und das sind nicht wenige, zeigen, welche hohe Bedeutung das räumliche Milieu für das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner und dies wiederum für die Qualität der Betreuungs- und Pflegearbeit hat.

Dieser begrüßenswerte Strukturwandel, der insgesamt auf mehr Wohnlichkeit und Normalität des Lebensraumes Heim abzielt, stellt jedoch auch markante Problempunkte des Vorbeugenden Brandschutzes dar.

Denn in diesen Einrichtungen werden nicht nur die eigentlichen Wohnzimmer oder -plätze wohnlicher ausgestaltet und ausgestattet, sondern auch das Umfeld, d.h. die Flurflächen werden als Wohn- und Aufenthaltsbereich genutzt. Damit wird u.a. das Ziel verfolgt, mehr Anreize für die Bewohnerinnen und Bewohner zu geben, das eigene Zimmer oft zu verlassen und die Gesellschaft mit anderen zu suchen.

Diese nach fachlichen und humanen Gesichtspunkten zu unterstützende Haltung führte jedoch bei den Behörden für den Vorbeugenden Brandschutz zu erhöhter Beunruhigung.

Folgende Hauptkonfliktpunkte bestanden:

- offene Wohn- und Aufenthaltsbereiche, oft in Verbindung mit Flurflächen ermöglichen informelle Kontakte, lockern auf oder laden zur passiven Teilnahme an Aktivitäten ein, jedoch wird der Fluchtweg verhindert,
- offene Teeküchen sowohl für Bewohnerinnen und Bewohner als auch für die Gäste erlauben selbstständiges Handeln und ermöglichen gastfreundlich zu sein,
- Brandlasten in Form von Möbeln und Dekorationen in Flucht- und Rettungswegen.

Bislang gab es keine eigene Richtlinie für Altenpflegeheime, und es war auf der behördlichen Seite schwierig und auch nicht zufriedenstellend, die bestehenden Gesetze auf die Heime anzuwenden, denn sie mussten gemäß HBO die Heime als Sonderbau in Anlehnung an die Kliniken überprüfen. Alle waren sich daher schnell einig, dass es für den Sonderbau Altenpflegeheim eine eigene Grundlage entwickelt werden soll.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe KDA in Köln hat auf Anregung des Hessischen Sozialministeriums, namentlich von Herrn Dr. Ziller, eine Expertenrunde eingesetzt, die Hinweise und Empfehlungen zur Lösung dieser Zielkonflikte erarbeiten sollte. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe der Landesregierung ergänzte und konkretisierte deren Ergebnisse unter Beteiligung von verantwortlichen Vertretern der Feuerwehr. Es besteht Einvernehmen, dass es eine Rückkehr zu krankenhaushähnlichen oder gar anstaltsmäßigen Strukturen früherer Jahre auf keinen Fall geben darf.

Parallel zu den hessischen Aktivitäten wurden per Umfrage die Heimreferenten der anderen Länder angefragt, ob sie sich dieser Vorgehensweise anschließen könnten. Darüber hinaus stellte sich für die Fachkommission der obersten Bauaufsichtsbehörden die Frage, eine länderübergreifende einheitliche Musterlösung

anzustreben. Leider blieben die Bemühungen ergebnislos, es konnte keine gemeinsame Lösung gefunden werden. Herr Gundlach wird nachher hierzu noch nähere Erläuterungen geben.

Also hat Hessen es alleine geregelt und in einer bisher beispiellosen Kooperation dreier Ressorts, des Hessischen Sozialministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Innenministeriums sowie verschiedener Fachexperten aus den Bereichen Brandschutz, Architektur, Heimaufsicht und Ingenieurwesen die Handlungsempfehlungen erarbeitet und im Staatsanzeiger veröffentlicht.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten bedanken:

Herrn Gundlach, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, für die federführende Umsetzung

Herrn Schulz, Ministerium des Innern und für Sport

Herrn Czech, Branddirektion Frankfurt

Herren Hagen und Rossel, Berufsfeuerwehr Wiesbaden

Herrn Schächer, Ingenieurkammer

Herrn Crößmann, obere Heimaufsicht beim Regierungspräsidium Gießen

Herrn Nöll, Architekt, für die Architekten- und Stadtplanungskammer

Herrn Rahn und Frau Gah, Sozialministerium

und last but not least Herrn Dr. Ziller, dem Initiator und Motor der Arbeitsgruppe.

Ihnen gebührt besonderer Dank.

Ich wünsche Ihnen, ja uns, heute eine interessante Tagung, die Antworten auf Ihre Fragen gibt und darüber hinaus viele Anregungen, damit ältere pflegebedürftige Menschen sicher und human in familiären Kleingruppen der stationären Einrichtungen wohnen können.